

Danziger Zeitung.

№ 17639.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethersgasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gestaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 17. April. (W. Z.) Der Kaiser ist gestern Abend 9¼ Uhr hierher zurückgekehrt.

Wien, 17. April. (W. Z.) Die „Politische Correspondenz“ meldet aus Bukarest: Der „Monitor“ veröffentlicht ein Communiqué, welches besagt: Zahlreiche Adressen, welche die durch die endgültige Festlegung der Thronfolge in Rumänien erzielte Regelung der Dynastie des Königs begrüßen, erfüllten den König mit Dank. Das zwischen Volk und König herrschende Vertrauen wird die Stärke des Vaterlandes ausmachen. Diese Zeichen der Ergebenheit beweisen die loyale Gesinnung und die Bürgertugenden der rumänischen Nation, welche auf der Höhe des kriegerischen Muthes stehen. — Das Königspaar beauftragte den Premierminister Catargi, seinen lebhaften Dank für diese Kundgebungen auszusprechen.

Paris, 17. April. (W. Z.) Der Finanzausschuss des Unterhauses hat den Gesetzentwurf betreffs des Clearing Chegal-Verkehrs mit unwesentlichen Amendements angenommen.

Paris, 17. April. (W. Z.) Der „Autorité“ zufolge hat der Vorsitzende der Senats-Untersuchungskommission, Merlin, Hausungen auch bei dem General Duharail und dem Bonapartisten Cassagnac angeordnet. Die „Presse“ verzeichnet das Gerücht, daß neuerdings 60 Haftbefehle von Merlin erlassen worden seien. Laguerre und die übrigen Mitglieder des „Nationalcomités“ sind gestern nach Brüssel abgereist, wo das Comité heute eine Versammlung abhält.

(Wie uns ein Privattelegramm in Ergänzung früherer Nachrichten meldet, erfolgte in Boulogne Wohnung die Hausung gerade in dem Augenblicke, als die Möbel eingepackt wurden. Beschlagnahmt wurde neben Briefen und Depeschen auch ein Hausausgabenbuch.)

London, 17. April. (W. Z.) In Rochester ist bei der Gewähl zum Parlament anstatt des konservativen Hallett, der sein Mandat niedergelegt hatte, der Gladstonianer Guesfion mit 1655 Stimmen gegen den Conservativen Davies, welcher nur 1580 Stimmen erhielt, gewählt worden.

Belgrad, 17. April. (W. Z.) Heute fand hier die erste Sitzung der gemischten Commission für Regulierung des Eisernen Thores statt.

Bukarest, 17. April. (Privattelegramm.) Der Ministerpräsident Catargi erstirbt wegen seiner schwachen Position ein Compromiß mit den Liberalen und den Anhängern Demeter Bratianos.

Athen, 17. April. (W. Z.) Die Kammer Session ist geschlossen worden, nachdem die Gesetzentwürfe betreffend die peloponnesischen Eisenbahnen und die Bahn Athen-Earlissa genehmigt worden waren.

Politische Uebersicht.

Danzig, 17. April.

Reisepäne des Kaisers.

Dem Vernehmen der „Kreuzig“ nach wäre ein Besuch des Kaisers in Konstantinopel, den die offizielle Wiener „Pol. Corr.“ vor einigen Tagen in sichere Aussicht stellte, allerdings in Erwägung gezogen gewesen. Jetzt aber sei die bejüngliche Absicht aufgegeben aus Rücksichten, welche mit der Politik nicht im Zusammenhange stehen. Es dürfte nunmehr der Kaiser im laufenden Jahre auch dem griechischen Hofe keinen Besuch abstatten, da selbstverständlich eine Reise des Kaisers nach Athen nicht erfolgen könne, ohne Konstantinopel zu berühren.

Mit Bezug auf die Kaiserreise nach England mutmaßt dasselbe Blatt aus mehreren Gründen, daß die Ueberfahrt von einem deutschen Hafen aus erfolgen werde.

Ein neuer amerikanischer Bericht von der Samoa-Katastrophe.

Dem „Standard“ werden von New York, also aus amerikanischer Quelle, die weiteren Einzelheiten über die Katastrophe bei Samoa gemeldet: „Die deutschen Kanonenboote „Eber“ und „Adler“ und die Vereinigte Staaten Schaluppe „Albatros“ waren schon verloren, als das britische Kriegsschiff „Calliope“, nachdem es mit der „Dandalla“ zusammengestoßen war, sich entschloß, die Anker zu lösen und sich auf seine Maschinen zu verlassen und in der Nacht das Heil zu suchen. Es war ein bedauerlicher Entschluß, denn weder Maschinen noch Anker hatten die übrigen Schiffe zu retten vermocht. Als Capitän Aane seine Corvette gegen den Sturm richtete und von ihren Ankern freimachte, blieb die „Calliope“ eine kleine Weile völlig still liegen. Dann kam sie zollweise vorwärts und fuhr schließlich im Schneegang neben der „Trenton“ vorbei. Als die „Calliope“ wohlbehalten herauskam, stimmte die aus 450 Mann bestehende Besatzung der „Trenton“ ein jubelndes Hurrah an, trotzdem sie sich selbst in größter Gefahr befand, als Ehrenbezeugung für die kühne Entschlossenheit des englischen Befehlshabers. Die Besatzung der „Calliope“ erwiderte den Gruß ebenso herzlich. Darauf sank die „Dandalla“ immer tiefer. Die

Mannschaft stand in den Masten und auch die „Trenton“ befand sich in der schlimmsten Lage. Die Feuer waren aus, die Segel fort und das Gleichen von Del auf die Wogen erwies sich als nutzlos. Schon drohte die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen der „Trenton“ und der „Dandalla“, wodurch die letzte Hoffnung der sich an den Masten ankammernden Seeleute der „Dandalla“ vernichtet worden wäre. Da ließ Lieutenant Brown von der „Trenton“ die Flagge hinaufziehen, befehl der Musik die amerikanische Nationalhymne „Das sternbesäte Banner“ zu spielen und ließ die ganze übrige Besatzung auf die Backbordseite des Takelwerks steigen, indem er ganz richtig rechnete, daß ihr Gewicht auf der dem Sturme zugekehrten Seite die Lenkbarkeit des Schiffes vermehren würde. Als die „Trenton“ und die „Dandalla“ einander so nahe waren, daß jeden Augenblick ein Zusammenstoß zu befürchten war, brachen die Leute der „Trenton“ in ein Hurrah aus. Die Besatzung der „Dandalla“ erwiderte es, so gut sie konnte, und erkannte dadurch an, daß es nicht die Schuld der „Trenton“ war, wenn sie das Schwester-Schiff in den Grund rannte. Selbstmüthig war der Anprall so gelinde, wie es kaum der Fall ist, wenn ein Schiff ins Dock geht. Die noch am Leben befindlichen Mannschaften der „Dandalla“ sprangen darauf auf das Deck der „Trenton“. Die mit der Katastrophe verknüpften Einzelheiten beweisen, daß niemand zu tadeln ist. Keine menschliche Vorsicht wurde vernachlässigt. Alle Schiffe waren einfach hilflos in dem Sturm und wurden wie Eier im stehenden Wasser herumgeworfen. Die deutschen und amerikanischen Schiffe scheiterten, weil ihre Maschinen nicht stark genug waren, und die „Calliope“ wurde gerettet, weil sie außerordentlich starke Maschinen besaß.

Dieser Bericht widerlegt einestheils die Angaben, wonach die Rettung der „Calliope“ darauf zurückzuführen sei, daß sie schon vor dem Ausbruch des Sturmes in seiner höchsten Wuth den Hafen verlassen habe oder früher als die anderen Schiffe unter Dampf gewesen sei, während er andererseits die auch von deutscher Seite schon ausgesprochene Vermuthung bestätigt, daß die „Calliope“ sich dem Drhane erfolgreicher zu entziehen vermochte, als die amerikanischen und deutschen Schiffe, weil sie bessere und kräftigere Maschinen hatte als diese.

Stöcker-Witte vor dem Oberkirchenrath.

Der Oberkirchenrath hat dem Pastor Witte wegen der in der „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlichten Stöcker'schen Briefe, durch welche Herr Stöcker „Mangel an Wahrhaftigkeit“ nachgewiesen wurde, einen Verweis ertheilt. Die Motivierung dieses Verweises ist in gewissem Sinne charakteristisch. Der Oberkirchenrath äußert sich dahin, der Sinn der beiderseitigen Veröffentlichungen laufe auf eine gegenseitige Beschuldigung des Mangels an Wahrhaftigkeit hinaus. Die daran geknüpften Präferenzen hätten in weiteren Kreisen der evangelischen Kirche schwereres Aergerniß erregt.

„In einer Zeit“, heißt es dann weiter, „in welcher Irreligiosität und Gleichgültigkeit gegen die Kirche mehr und mehr um sich greift, muß die Würde des geistlichen Amtes nach allen Richtungen hin doppelt sorgfältig gewahrt, insbesondere aber von jedem Träger desselben gefordert werden, daß er in Selbstüberleugnung durch Sanftmuth und Verträglichkeit den Gemeinden ein vorbildliches Beispiel gebe.“

Der Oberkirchenrath beruft sich auf dieser Stelle auf die §§ 70, 71 Tit. XI. Th. II. des Allgemeinen Landrechts, welche also lauten:

§ 70. Durch vorsichtiges und sanftmüthiges Betragen müssen sie (die Geistlichen) sich die Liebe und das Vertrauen der Gemeinde zu erwerben suchen. § 71. Ueberhaupt müssen sie in Lehre und Wandel ihren Zuhörern mit einem guten Beispiele der Sanftmuth und Verträglichkeit, selbst gegen fremde Religionsverwandte vorangehen.“

Daß diese Bestimmungen auf den Briefwechsel Stöcker-Witte nicht recht passen, liegt auf der Hand. Der Oberkirchenrath aber deducirt weiter, daß Herr Witte, indem er sich gegen Stöcker vertheilte, gegen die in den obigen Bestimmungen festgesetzte amtliche Pflicht verstoßen habe. Wer von den beiden Geistlichen der Angegriffene gewesen und wen die größere Schuld treffe, bedürfe einer Erörterung nicht. Es mag sein, daß dieses Urtheil nicht wörtlich mitgetheilt ist. So wie es vorliegt, kann man sich der Frage nicht enthalten, ob der evangelische Oberkirchenrath mehr Werth darauf legt, daß die „Würde des geistlichen Amtes“ gewahrt wird, als darauf, daß der Geistliche, also auch Herr Hof- und Domprediger Stöcker, seinen Glaubensgenossen nicht durch „Mangel an Wahrhaftigkeit“ Aergerniß giebt. Bekanntlich hat Herr Stöcker die Existenz des Briefes an Witte, den dieser in der „Nordd. Allg. Ztg.“ nachher veröffentlicht hat, öffentlich in Abrede gestellt. Nach der Ansicht des Oberkirchenraths hätte es die „Würde des geistlichen Amtes“ erfordert, daß Pastor Witte lieber den Verdacht eines Mangels an Wahrhaftigkeit auf sich genommen, als sich durch Veröffentlichung des Stöcker'schen Schreibens gerechtfertigt hätte.

Da der Oberkirchenrath erwähnt, wegen der erfolgten Publicationen sei dem Hof- und Domprediger Stöcker das Geheime eröffnet worden, und da in der Motivierung bemerkt ist, auch Pastor Witte gegenüber habe der Thatbestand eines Dienstvergehens gegen § 2 des Kirchengesetzes vom 16. Juli 1846 als vorhanden anerkannt werden müssen, so bleibt eine Mittheilung über die an Herrn Stöcker gemachte Eröffnung abzuwarten. Der Stöcker'sche „Reichsbote“ hofft freilich zuversichtlich, daß Stöcker das an ihn ergangene Schreiben des Oberkirchenraths nicht

veröffentlichen werde. Der Inhalt desselben scheint demnach für den Herrn Hofprediger nicht sehr schmeichelhaft zu sein.

Die Silberproduction Deutschlands

hat nach einer statistischen Zusammenstellung des Aachener berg- und hüttenmännischen Vereins im Jahre 1888: 355 706 Kilogr. betragen. In den Vorjahren belief sie sich: 1887 auf 326 293½ Kilogr.; 1886 auf 298 466 Kilogr.; 1885 auf 278 947 Kilogr.; 1884 auf 247 769 Kilogr.; 1883 auf 234 883 Kilogr.; 1882 auf 215 012 Kilogr.; 1881 auf 186 609 Kilogr. Die Zunahme der Silberproduction Deutschlands hat also im Jahre 1888 gegen das Vorjahr etwa 9 Proc. betragen. Seit 1881 ist eine Steigerung von 169 097 Kilogr. oder etwa 90 Proc. eingetreten; demnach hat sich die Silberproduction in Deutschland in den letzten 8 Jahren fast verdoppelt. Der Haupttheil der Vermehrung fällt, wie im Vorjahre, auf den Aachener Bezirk. Diese Zunahme ist nicht einer Mehrproduction unseres Vaterlandes an silberhaltigen Erzen, sondern der Einfuhr fremder Silbererze zuzuschreiben.

Strafrechtliche Verfolgung der Mitglieder der socialdemokratischen Fraktion.

Die neulich von einem Hamburger gouvernementalen Blatt gebrachte Mittheilung, daß die Absicht bestehe, gegen die Mitglieder der socialdemokratischen Fraktion strafrechtlich einzuschreiten, weil sie den Parteivorstand bildeiten und an dem St. Gallener Parteitag theilgenommen hätten, hatte selbst in conservativen Kreisen Kopfweh erregt. So wurde sie von der „Schief. Ztg.“ als ungläubhaft bezeichnet mit dem Bemerkung: Einstweilen ist schlechterdings nicht ersichtlich, auf welche Handlungen und auf welche gesetzlichen Bestimmungen hin ein Strafprozeß gegen die Abgeordneten möglich erscheine.

Aber das Unglaubliche scheint sich doch bewahrheiten zu sollen. Denn die Nachricht erhält bereits durch das socialdemokratische „Berl. Volksblatt“ seine Bestätigung, und zwar wird danach die Anklage von der Elberfelder Staatsanwaltschaft erhoben. Dem genannten Blatte zufolge ist den socialdemokratischen Fraktionsmitgliedern der beabsichtigte „Schlag“ der Elberfelder Staatsanwaltschaft schon seit ungefähr drei Wochen bekannt, d. h. genau so lange, als die gedruckte Anklage sich in den Händen der in den Elberfelder Prozeß verwickelten Angeklagten befindet. Es ist dabei zu bemerken, daß in Elberfeld ein Geheimbundsprozeß im großen Stil sich abspielen wird; angeklagt sind 128 Socialdemokraten, darunter die drei Abgg. Harm, Grillenberger und Schumacher. — Das Material, auf das der Elberfelder Staatsanwalt nach Schluß der Reichstagsession seine Anklage stützen will, ist — so schreibt das „Volksblatt“ — in der Hauptsache genau das, was zur Entschärfung im Freiburger Prozeß führte, aber mit dem Unterschiede, daß alles, was dort zur Verurtheilung führte, in Elberfeld ausbleiben muß, weil es nicht mehr existirt, nämlich das Verhältniß der Fraktion zum „Socialdemokrat“. In der socialdemokratischen Fraktion ist nach Bekanntwerden des staatsanwaltschaftlichen Planes die Frage erörtert worden, ob die Fraktion nicht durch ein Collectivschreiben an die Staatsanwaltschaft zu Elberfeld erklären solle, sie verzichte darauf, von dem ihr zustehenden Recht der Immunität Gebrauch zu machen, und ersuche sie, sofort mit ihren Erwägungen vorzugehen. Schließlich trat man, dem socialdemokratischen Blatte zufolge, nur deshalb von diesem Plane zurück, weil es für die Elberfelder Angeklagten sehr wünschenswerth sei, eine Anzahl Abgeordnete als Zeugen citiren zu können.

Die Lage in Bulgarien.

Die Regierungskreise und überhaupt alle Welt in Sofia sieht die Lage Bulgariens mit Empfindungen voller Zuversicht an. In Folge dessen besorgt man denn auch keinerlei Rückwirkungen der in Bukarest eingetretenen Aenderungen auf die Schicksale Bulgariens, mag nun in Rumänien ein Ministerium Catargi oder ein anderes das Staatsruder führen. Man hegt hier die unerschütterliche Ueberzeugung, daß es keinem rumänischen Cabinet, wenn es sich auch aus noch so ruffeindlichen Persönlichkeiten zusammensetzte, möglich wäre, vollständig in russisches Fahrwasser hineinzufahren. Aber selbst wenn dem nicht so wäre, könnten in Sofia keine Besorgnisse wegen eines möglichen Umfalles der in Bulgarien herrschenden Stimmung oder wegen etwaiger von außen her geleiteter Zellelungen ephemer sein. Die Sicherheit und Ruhe Bulgariens erscheinen durch die an der Spitze des Landes stehende Regierung in solchem Maße gewährleistet. Die Abneigung aller Kreise gegen politische Aufregungen ist eine so tief wurzelnde, daß Unternehmungen, welche sich Umwälzungen der in Bulgarien bestehenden staatlichen Ordnung zum Ziele setzen würden, getrost von vornherein als aussichtslos bezeichnet werden. Die Anzahl der Leute, die aus gewinnfüchtigen oder ehrgeizigen Motiven auch heute noch für Putschversuche gewonnen werden könnten, ist eine verschwindend kleine, und diese Gruppe dürfte wohl in Erinnerung an die gebotene schonungslos strenge, mit welcher die bulgarische Regierung die letzten Aufregungen dieser Art unterdrückt und gedämpft hat, nur sehr geringe Lust zu einem so gewagten Spiel empfinden.

Gegenwärtig herrscht überhaupt eine derartige politische Windstille und Ereignislosigkeit im ganzen Lande, daß die oppositionelle Presse in Ermangelung thatfächlicher Vorgänge sich auf hollöse Erfindungen und die neuerliche Auffrischung der Mährchen von Cabinetstücken und Spannungen zwischen dem Fürsten Ferdinand und dem einen oder anderen Minister angewiesen sieht. Ins-

besondere gefallen sich diese Blätter in der Wiederholung der Behauptung, daß das Verhältniß zwischen dem Fürsten und dem Kriegsminister Muthukow ein mehr als kühles sei. Wie unbegründet diese Ausstreuerung ist, mag daraus erhellen, daß der Prinz kürzlich dem Obersten Muthukow einen Besuch abgestattet hat, wobei er sogar von der Herzogin Clementine von Sachsen-Coburg begleitet war. Wenn er zu dem Kriegsminister in gespanntem Beziehungen stände, so könnte er sich doch wohl auf den amtlichen Verkehr mit ihm beschränken, ohne ihm derartige Höflichkeiten zu erweisen. Eine Zuschrift der „Pol. Corr.“ aus Sofia stellt überdies ausdrücklich fest, daß zwischen dem Fürsten und dem gesammten Ministerium nach wie vor das beste Einvernehmen besteht.

Reise des Schahs von Persien.

Zufolge telegraphischer Nachrichten aus Teheran hat der Schah seine Hauptstadt am 13. April verlassen, um die lange beabsichtigte Rundreise nach Europa anzutreten. Derselbe ist von einem Gefolge von 26 Würdenträgern und Hofbeamten und 14 Dienern begleitet. In kleinen Tagesrouten durch sein Reich reisend, wird seine Ankunft an der russischen Grenze am 12. Mai erwartet; Ende Mai soll er in Petersburg eintreffen. Von dort wird er sich wahrscheinlich nach Berlin begeben, dann über Holland und Belgien nach London reisen, hierauf die Pariser Ausstellung besuchen und gegen Ende September über Wien und Konstantinopel die Heimreise antreten. — Der Aufenthalt des Schahs in Berlin dürfte in die zweite Hälfte oder gegen Ende des Monats Juni fallen.

Allgemeiner deutscher Realsschulmänner-Verein.

V Berlin, 16. April. Heute Vormittag 11 Uhr trat die 14. Delegirtenversammlung zu ihrer zweiten öffentlichen Sitzung zusammen. Den Vorsitz führte Director Schauenburg-Cresfeld. Minister Dr. v. Goltz und Geh. Ober-Reg.-Rath Dr. Wehrenpennig waren durch eine Sitzung des Staatsministeriums am Erscheinen verhindert. Vom Provinzialschulcollegium war Provinzialschulrath Dr. Grahls gekommen. Director Steinbart-Duisburg veröffentlichte das Urtheil des Preisgerichts über die zur Frage der Ueberfüllung der gelehrten Fächer eingereichten Preisbewerbungen. Diese Frage war in der vorjährigen Delegirtenversammlung gestellt worden. Für die beste Arbeit war ein Preis von 1000 Mk. ausgesetzt. Dem Preisgericht gehörten der Geh. Ober-Reg.-Rath Dr. Höpfer vom Cultusministerium, die Abgg. Geh. Ober-Reg.-Rath Frelh. v. Jellisch-Neuhirch und Geyffarth, die Professoren Conrad - Halle und Paulsen - Berlin und der Realgymnasial-Directoren Schauenburg und Steinbart an. 76 Arbeiten waren eingelaufen. Die meisten, 17 an der Zahl, stammten aus Berlin; aus Süddeutschland hatte sich nur eine Arbeit eingestellt. Volksschullehrer, Lehrer an höheren Schulen, Aerzte, Geistliche, Architekten, Juristen und selbst einige Subalternbeamte hatten sich an die Lösung der Frage gemacht. Trotz des großen Fleißes und der Begabung, die die Arbeiten zeigten, trotz des Reichthums an Zahlen und Gedanken, die sie bargen, konnte das Preisgericht keine für vollkommen genügend zur Erlangung des Preises erklären. Derselbe wurde mit Genehmigung der Delegirten-Versammlung getheilt und von den schließlich zur engeren Wahl stehenden 4 Arbeiten zwischen je ein Preis von 500 Mk. zuerkannt. Die Verfasser waren zwei Gymnasiallehrer, Dr. Dietrich-Nordhausen und Professor Trentlein-Karlruhe. Zwei andere Arbeiten mit den Motios: „Summa cuique“ und „Erfi wägen, dann wägen“ erhielten ehrende Erwähnungen. Die Namen der Verfasser sollen veröffentlicht werden, sobald die Genehmigung dazu erteilt ist. Den Hauptvortrag der Sitzung hielt Professor Paulsen-Berlin über das Thema: „In welchem Sinne ist das Realgymnasium auch eine humanistische Anstalt zu nennen? Redner beleuchtete zunächst den Werth der humanistischen Bildung im Vergleich zur mathematisch-naturwissenschaftlichen für die Erziehung der Jugend und entschied sich dahin, daß die erstere den höheren Werth beanspruche. Denn wenn wir auch im naturwissenschaftlichen Zeitalter lebten, wenn auch die Natur dem Menschen eine große Zahl wichtiger Aufgaben stelle, so sei doch das eigentliche und höchste Ziel der Erziehung, den Menschen selbst kennen zu lernen; hierzu diene am besten der Unterricht in Sprache und Literatur. Das mathematische Denken lasse eben vielen Dingen, z. B. politischen und sozialen gegenüber, im Stich und sei in seiner Einseitigkeit bedenklicher, als die Einseitigkeit der sprachlich-historischen Denkweise. Träger der Humanistik im Lehrplan des Realgymnasiums sei der Unterricht im Deutsch, der durch Aufnahme der philosophischen Propädeutik und durch Eingehen auf die Geschichte unserer Sprache und unseres literarischen Lebens zu erweitern sei. Uebrigens werde das historische Verhältniß unserer Klassiker weit besser durch die gleichzeitige unserer Nachbardölker als durch die altklassische Literatur vermittelt. Der grammatische Unterricht könne ganz gut den modernen Sprachen überlassen werden. Auch im altsprachlichen Unterricht leiste das Realgymnasium Beachtenswerthes. Für alle gelehrte Bildung sei der Lateinunterricht unentbehrlich, und zwar wegen der heute noch nicht überwundenen Weltstellung dieser Sprache. Das Realgymnasium sei lediglich eine Anstalt für allgemeine Bildung und seine Forderungen beschränkten sich darauf, zur Anerkennung als gleichberechtigte Ergänzung des alten Gymnasiums zu kommen, da es dasselbe Ziel nur auf anderem Wege anstrebe. Hierauf gelangte nachfolgende Resolution, die von der am Montag dazu besonders eingesetzten Commission verfaßt war, zur Annahme:

1. Die Delegirten-Versammlung des Allgemeinen deutschen Realsschulmänner-Vereins steht mit schmerzlicher Ueberzeugung der von neuem abgegebenen Erklärung des Herrn Ministers v. Goltz gegenüber, daß die Gleichberechtigung der Realgymnasien mit den Gymnasien in Gefahr drohend sei, den Abbruch zur Unversität zu vermehren geeignet sei. Diese Anschauung ist durch die Erfahrung, wie durch die wissenschaftlichen Untersuchungen berufener Männer widerlegt. Die Versammlung erachtet es für ihre Pflicht, ebenfalls erneut auszusprechen, daß gerade die jetzige Alleinberechtigung

Berlin	127 80	5	
Frankf.	127 50	9	
Hamb.	160 10	4 1/2	
London	—	3 1/8	
Paris	112 90	5	
St. Petersburg	172 80	7	
Wien	137 25	2	
Zürich	176 40	2 7	
Amsterdam	127 75	6 3/8	
Brüssel	131 75	5	
Madrid	937 00	10	
Lissabon	83 80	—	
Barcelona	132 10	5	
Valencia	118 50	5	
Sevilla	110 75	6	
Malaga	118 10	5	
Granada	119 90	5 1/2	
Alcala	104 10	5	
Cartagena	172 80	8 1/2	
Valencia	51 00	9	
Barcelona	116 10	5 1/2	
Sevilla	127 50	6 1/2	
Granada	151 80	6 1/2	
Alcala	109 30	6 1/2	
Cartagena	132 60	6 1/2	
Valencia	—	6 1/2	
Madrid	178 00	12	
Barcelona	157 00	10	
Valencia	—	65	
Sevilla	—	60	
Granada	102 00	1	
Alcala	135 00	3 1/2	
Cartagena	174 00	9 1/2	
Valencia	271 50	15	
Granada	125 00	1	

